

GESCHÄFTSORDNUNG FÜR DIE GESCHÄFTSFÜHRUNG

DER BUNDESGESELLSCHAFT FÜR ENDLAGERUNG MBH (BGE)

Die Gesellschafterversammlung der Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (im Folgenden: „Gesellschaft“) hat am 05.07.2022 folgende Geschäftsordnung für die Geschäftsführung der Gesellschaft erlassen:

§ 1 Aufgabenkreis und Rahmen der Geschäftsführung

- 1.1 Die Mitglieder der Geschäftsführung nehmen die Geschäfte der Gesellschaft mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns wahr. Sie führen die Geschäfte nach Maßgabe des Gesetzes, des Gesellschaftsvertrages, dieser Geschäftsordnung, der von der Gesellschafterin vorgegebenen Wirkungsziele sowie der Beschlüsse der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrates. Sie sind an den Unternehmenszweck und den Unternehmensgegenstand gebunden, welche das wichtige Bundesinteresse widerspiegeln.
- 1.2 Die Geschäftsführung richtet ihr unternehmerisches Handeln an dem Public Corporate Governance Kodex (PCGK) in seiner jeweils geltenden Fassung aus.

Die Geschäftsführung trägt im Rahmen des Unternehmenszwecks und des Unternehmensgegenstands für eine nachhaltige Unternehmensführung Sorge und strebt insbesondere die klimaneutrale Organisation der Verwaltungstätigkeit der Gesellschaft an.
- 1.3 Die Geschäftsführung gewährleistet eine gleichstellungsfördernde, tolerante und diskriminierungsfreie Kultur in der Gesellschaft.

§ 2 Organisation der Geschäftsführung und Geschäftsverteilung

- 2.1 Die Mitglieder der Geschäftsführung, einschließlich der Arbeitsdirektorin bzw. des Arbeitsdirektors, sind gleichberechtigt und tragen für die gesamte Geschäftsführung gemeinschaftlich die Verantwortung, auch wenn einzelnen Mitgliedern bestimmte Aufgabenbereiche zugewiesen sind.
- 2.2 Durch die Verteilung der Geschäfte auf die Mitglieder der Geschäftsführung wird die gemeinsame Verantwortung aller Geschäftsführer für die gesamte Geschäftsführung nicht berührt. Den Mitgliedern der Geschäftsführung obliegt insoweit eine allgemeine Aufsichtspflicht, der sie gewöhnlich dadurch genügen, dass sie sich gegenseitig laufend über wesentliche Tätigkeiten und Vorkommnisse in ihrem Bereich unterrichten und dass sie bei schwerwiegenden Bedenken bezüglich einer Angelegenheit in einem anderen Bereich, die innerhalb der Geschäftsführung nicht behoben werden können, die Angelegenheit der Gesellschafterversammlung in Textform zur Kenntnis bringen.
- 2.3 Die Vertretung der Gesellschaft richtet sich nach § 5 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages.
- 2.4 Aufgabengebiet und Geschäftsbereich der einzelnen Mitglieder der Geschäftsführung und ihre Vertretung untereinander sowie Organisation und Geschäftsverteilung innerhalb der Gesellschaft ergeben sich aus dem Organisations- und Geschäftsverteilungsplan. Der Organisations- und Geschäftsverteilungsplan wird von der Gesamtgeschäftsführung erstellt und von der Gesellschafterversammlung nach vorheriger Befassung durch den Aufsichtsrat beschlossen; das gilt auch für wesentliche Änderungen dieses Planes.

- 2.5 Es wird eine Arbeitsdirektorin bzw. ein Arbeitsdirektor nach Maßgabe des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer (Mitbestimmungsgesetz – MitbestG) bestellt. Sie bzw. er ist innerhalb der Geschäftsführung für das Personal- und Sozialwesen verantwortlich.

§ 3 Vorsitzende bzw. Vorsitzender der Geschäftsführung

- 3.1 Der Aufsichtsrat kann eine bzw. einen Vorsitzenden der Geschäftsführung und deren bzw. dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter ernennen.
- 3.2 Der bzw. dem Vorsitzenden der Geschäftsführung obliegt die Federführung im mündlichen und schriftlichen Verkehr mit der Gesellschafterin und dem Aufsichtsrat.
- 3.3 Ist vom Aufsichtsrat ein Mitglied der Geschäftsführung zur bzw. zum Vorsitzenden der Geschäftsführung ernannt worden, so hat diese bzw. dieser das Recht und die Pflicht, auf die Durchführung der für die Geschäftsführung festgelegten Abläufe und Maßgaben sowie auf eine einheitliche Ausrichtung der Geschäftsführung auf die von der Gesellschafterversammlung verabschiedeten Ziele und die Finanz- und Unternehmensplanungen hinzuwirken. Die gemeinschaftliche Verantwortung der Geschäftsführung nach § 2 Abs. 1 dieser Geschäftsordnung bleibt hiervon unberührt.
- 3.4 Presseveröffentlichungen und sonstige Verlautbarungen der Gesellschaft von übergreifender unternehmerischer Relevanz gegenüber den Medien sind, sofern die bzw. der Vorsitzende solche Erklärungen nicht selbst abgibt, vorher mit ihr bzw. ihm abzustimmen.

§ 4 Information und Zuständigkeit der gesamten Geschäftsführung

- 4.1 Die Mitglieder der Geschäftsführung unterrichten sich gegenseitig über wichtige Vorgänge innerhalb ihrer Geschäftsbereiche.
- 4.2 Angelegenheiten grundsätzlicher Art oder von wesentlicher zeitlicher, finanzieller, rechtlicher oder personeller Bedeutung sowie Meinungsverschiedenheiten zwischen mehreren im Einzelfall zuständigen Mitgliedern der Geschäftsführung sind von allen Mitgliedern der Geschäftsführung (Gesamtgeschäftsführung) im Rahmen der Geschäftsführersitzung zu entscheiden.
- 4.3 Die Gesamtgeschäftsführung entscheidet weiter in allen Angelegenheiten, in denen nach den gesetzlichen Vorschriften, den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags oder dieser Geschäftsordnung eine Beschlussfassung durch die gesamte Geschäftsführung vorgeschrieben ist, insbesondere über:
- a) die Aufstellung und Verabschiedung der Finanz- und Unternehmensplanung;
 - b) die Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts der Gesellschaft sowie die Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts;
 - c) die Einberufung der Gesellschafterversammlung und die Vorschläge zur Beschlussfassung in der Gesellschafterversammlung;
 - d) die Berichte an den Aufsichtsrat entsprechend § 90 Aktiengesetz (AktG) sowie die sonstige Unterrichtung des Aufsichtsrats;
 - e) die Geschäfte, Maßnahmen und Handlungen, zu deren Vornahme die Geschäftsführung aufgrund Gesetz, Gesellschaftsvertrag oder Beschluss der Gesellschafterin oder des Aufsichtsrates der Zustimmung der Gesellschafterversammlung oder des Aufsichtsrates bedarf;
 - f) alle Angelegenheiten, die der Geschäftsführung durch ein Mitglied der Geschäftsführung zur Beschlussfassung vorgelegt werden;

- g) Vorschläge zu Änderungen dieser Geschäftsordnung und des Geschäftsverteilungsplans;
- h) Stimmabgaben der Gesellschaft in Gesellschafterversammlungen von Konzernunternehmen;

§ 5 Einberufung und Leitung der Geschäftsführungssitzungen, Beschlussfähigkeit

- 5.1 Ist eine Vorsitzende bzw. ein Vorsitzender der Geschäftsführung bestellt, so beruft sie bzw. er die Gesamtgeschäftsführung ein und leitet die Sitzungen.
- 5.2 Jedes Geschäftsführungsmitglied ist berechtigt zu verlangen, dass Gegenstände auf die Tagesordnung gesetzt werden, über die es eine Beschlussfassung herbeizuführen wünscht. Über Änderungen der Tagesordnung, die von einem Mitglied der Geschäftsführung während der Sitzung verlangt werden, entscheidet die Gesamtgeschäftsführung.
- 5.3 Die Einberufung erfolgt in Textform oder fernmündlich gegenüber sämtlichen Mitgliedern der Geschäftsführung. In der Einberufung sind Ort und Zeit der Sitzung sowie die Gegenstände der Tagesordnung mitzuteilen. Auf die Möglichkeit der Teilnahme per Video- oder Telefonkonferenz sowie der Beschlussfassung außerhalb von Sitzungen ist in der Einberufung hinzuweisen. Die Einberufung soll nicht später als drei Tage vor der Sitzung erfolgen.
- 5.4 Jedes Geschäftsführungsmitglied ist berechtigt, außer den Mitgliedern der Geschäftsführung weitere Teilnehmer für die Geschäftsführungssitzungen zu benennen. Die bzw. der Vorsitzende kann final entscheiden, wer außer den Mitgliedern der Geschäftsführung an den Sitzungen teilnimmt oder die Teilnahme auf die Mitglieder der Geschäftsführung beschränken.
- 5.5 Die Gesamtgeschäftsführung ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Mitglieder der Geschäftsführung an der Beschlussfassung teilnehmen. Bei Tagesordnungspunkten, die überwiegend in den Zuständigkeitsbereich eines Mitglieds der Geschäftsführung fallen oder Meinungsverschiedenheiten zwischen mehreren im Einzelfall zuständigen Mitgliedern der Geschäftsführung zum Gegenstand haben, ist dessen bzw. deren Teilnahme stets erforderlich. Bei Vorliegen von Interessenkonflikten nach § 15 dieser Geschäftsordnung unterliegt die bzw. der Betroffene einem Stimmverbot.

§ 6 Beschlussfassung und Protokoll

- 6.1 Die Gesamtgeschäftsführung fasst ihre Beschlüsse grundsätzlich in gemeinschaftlichen Sitzungen. Sofern keine zwingenden gesetzlichen Bestimmungen entgegenstehen, gelten per Video- oder Telefonkonferenz zugeschaltete Mitglieder als in der Sitzung anwesend. Dies gilt auch dann, wenn sämtliche Mitglieder der Geschäftsführung ausschließlich per Video- und/oder Telefonkonferenz zugeschaltet sind. Außerhalb von Sitzungen können in Ausnahmefällen auf Verlangen jedes Mitglieds der Geschäftsführung im Umlaufverfahren Beschlussfassungen auch durch mündliche, fernmündliche (insbesondere per Telefonkonferenz), schriftliche, durch Telefax oder mittels elektronischer Kommunikation übermittelte Stimmabgabe gefasst werden. Ein Widerspruchsrecht gegen dieses Verfahren ist ausgeschlossen. Eine Beschlussfassung in der Sitzung kann auf Anordnung der bzw. des Vorsitzenden mit einer Beschlussfassung außerhalb einer Sitzung kombiniert werden. Auch hiergegen ist ein Widerspruchsrecht ausgeschlossen.
- 6.2 Soweit nicht durch Gesetz, in dem Gesellschaftsvertrag oder nachfolgend in dieser Geschäftsordnung etwas anderes bestimmt ist, entscheiden die Mitglieder der Geschäftsführung mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei der Feststellung des Abstimmungsergebnisses werden Stimmenthaltungen nicht mitgezählt. Bei Stimmgleichheit zählt die Stimme der Vorsitzenden bzw. des Vorsitzenden der Geschäftsführung doppelt. ~~doppelt~~. Kommt eine Entscheidung nicht zustande, ist die Angelegenheit der Gesellschafterversammlung zur Entscheidung vorzulegen.

- 6.3 Die Entscheidungen sind in einer Niederschrift festzuhalten. Ist eine Vorsitzende bzw. ein Vorsitzender der Geschäftsführung bestellt, bestimmt diese bzw. dieser eine Protokollführerin bzw. einen Protokollführer.

§ 7 Compliance und Risikomanagement

- 7.1 Die Geschäftsführung hat für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien zu sorgen und wirkt auf deren Beachtung durch die Konzernunternehmen hin (Compliance). Die Geschäftsführung sorgt für angemessene, an der Risikolage der Gesellschaft ausgerichtete Maßnahmen (Compliance-Management-System). Dies umfasst auch Maßnahmen zur Korruptionsprävention, insbesondere die Umsetzung und Einhaltung der Richtlinie der Bundesregierung zur Korruptionsprävention in der Bundesverwaltung in der jeweils geltenden Fassung. Die Geschäftsführung richtet eine für Compliance zuständige Stelle ein. Die für Compliance zuständige Stelle ist unmittelbar der Geschäftsführung unterstellt.
- 7.2 Die Geschäftsführung führt regelmäßig eine Prüfung der Risikosituation und der Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen durch.
- 7.3 Die Geschäftsführung sorgt für ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling und implementiert ein internes Kontrollsystem.

§ 8 Zusammenarbeit mit dem Aufsichtsrat

- 8.1 Geschäftsführung und Aufsichtsrat arbeiten zum Wohle der Gesellschaft vertrauensvoll zusammen.
- 8.2 Die Geschäftsführung bereitet für die Sitzungen des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse die zu behandelnden Sachverhalte und Gegenstände vor. Die Beschlussvorlagen sollen alle erforderlichen entscheidungsermöglichenden Informationen enthalten. Die Geschäftsführung leitet dem Aufsichtsrat die für die Sitzungen des Aufsichtsrats bzw. des Ausschusses erforderlichen Unterlagen, Berichte und Informationen frühzeitig, spätestens vierzehn Tage vor der jeweiligen Sitzung zu. In Eilfällen sind die erforderlichen Unterlagen, Berichte und Informationen spätestens eine Woche vor der jeweiligen Sitzung zur Verfügung zu stellen, sofern der Aufsichtsratsvorsitzende bzw. der zuständige Ausschuss nicht eine andere Frist bestimmt.
- 8.3 Die Mitglieder der Geschäftsführung nehmen an den Sitzungen des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse teil, sofern der Aufsichtsrat oder der Ausschuss im Einzelfall keine abweichende Regelung trifft bzw. die Beschlussfassung außerhalb einer Sitzung erfolgt.
- 8.4 Die Geschäftsführung entwickelt auf Grundlage von Unternehmensgegenstand und Unternehmenszweck und den von der Gesellschafterin vorgegebenen Wirkungszielen die strategische Ausrichtung des Unternehmens. Die Geschäftsführung bindet den Aufsichtsrat fortlaufend in die Entwicklung ein; der Aufsichtsrat berät die Geschäftsführung hierbei. Die Geschäftsführung erörtert zudem in regelmäßigen Abständen den Stand der Strategieumsetzung mit dem Aufsichtsrat.
- 8.5 Die Geschäftsführung berät fortlaufend mit dem/der Vorsitzenden des Aufsichtsrats über die Strategie, die Geschäftsentwicklung, die Risikolage, das Risikomanagement und die Compliance der Gesellschaft.
- 8.6 Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat veröffentlichen jährlich einen Corporate Governance Bericht. In dem Corporate Governance Bericht werden neben der Erklärung zur Anwendung des Public Corporate Governance Kodex im Sinne des § 18 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages auch Aussagen (i) zu den Nachhaltigkeitsaktivitäten der Gesellschaft, (ii) zu der Entwicklung des Anteils

an Frauen in Führungspositionen in der Geschäftsführung, den beiden nachgelagerten Führungsebenen und im Aufsichtsrat, (iii) zu der gewährten Vergütung jedes Mitglieds der Geschäftsführung im jeweiligen Berichtsjahr (einschließlich monetärer und nichtmonetärer Nebenleistungen, Zulagen und ähnlicher Zahlungen, Vergütungen und/oder Aufwandsentschädigungen für im Interesse des Unternehmens wahrgenommene Mandate in Überwachungsorganen anderer Unternehmen sowie in Zusammenhang mit der Tätigkeit als Mitglied der Geschäftsführung stehende Provisionen und ähnliche Leistungen Dritter) individualisiert, aufgegliedert nach den jeweiligen Vergütungskomponenten und unter Namensnennung in allgemein verständlicher Form sowie (iv) zu der Vergütung jedes Mitglieds des Aufsichtsrats individualisiert und aufgegliedert nach den einzelnen Bestandteilen in allgemein verständlicher Form dargestellt. Bei Mitgliedern der Geschäftsführung werden auch Leistungen angegeben, die dem Mitglied bzw. früheren Mitglied der Geschäftsführung für den Fall der Beendigung seiner Tätigkeit zugesagt oder im Laufe des Geschäftsjahrs gewährt worden sind. Die Veröffentlichung erfolgt nach Maßgabe von § 21 des Gesellschaftsvertrages auf der Internetseite der Gesellschaft und im Bundesanzeiger.

§ 9 Finanz- und Unternehmensplanung

- 9.1 Die Geschäftsführung hat der Gesellschafterversammlung die Finanz- und Unternehmensplanungen für die Gesellschaft bis spätestens zum 30.11. des dem Wirtschaftsplanjahr vorausgehenden Jahres zur Zustimmung vorzulegen. Näheres regelt das Statut über die Wirtschaftsführung sowie Finanz- und Vermögensverwaltung der Bundesgesellschaft für Endlagerung.
- 9.2 Die Finanz- und Unternehmensplanungen werden in einer gemeinsamen Sitzung der Geschäftsführung mit dem Aufsichtsrat besprochen und mit einem Beschluss des Aufsichtsrats der Gesellschafterversammlung zur Entscheidung vorgelegt.
- 9.3 Vorhaben, zu deren Finanzierung im Finanzplan Haushaltsmittel von der Gesellschafterin vorgesehen sind, dürfen erst begonnen werden, wenn diese Mittel eingegangen sind oder der rechtzeitige Eingang gegenüber der Gesellschaft sichergestellt ist. Dies gilt sinngemäß auch für Vorhaben, deren Finanzierung mit einer Bürgschaft der Gesellschafterin gesichert werden soll.
- 9.4 Bei einheitlicher Leitung über verbundene Unternehmen umfasst die Unternehmensplanung auch diese Unternehmen.

§ 10 Unterrichtung des Aufsichtsrates und der Gesellschafterin

- 10.1 Die Geschäftsführung informiert den Aufsichtsrat regelmäßig, rechtzeitig und umfassend über alle für das Unternehmen relevanten Fragen der Strategien, der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Wirtschaftlichkeit, der Risikolage, des Risikomanagements, der Risikofrüherkennung und der Compliance sowie über Geschäfte von besonderer Bedeutung für die Wirtschaftlichkeit oder Liquidität des Unternehmens und für das Unternehmen bedeutende Veränderungen des wirtschaftlichen Umfelds (Regelberichterstattung). Inhalt und Turnus der Regelberichterstattung entsprechen § 90 AktG. Die Regelberichterstattung hat in Textform zu erfolgen.
- 10.2 Der bzw. dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates ist außerdem unverzüglich bei wichtigen Anlässen zu berichten. Wichtiger Anlass ist auch ein der Geschäftsführung bekannt gewordener geschäftlicher Vorgang bei einem Konzernunternehmen, der erheblichen Einfluss auch auf die Lage der Gesellschaft selbst haben kann.
- 10.3 Die Geschäftsführung hat den Aufsichtsratsmitgliedern jeweils innerhalb von sechs Wochen nach Ablauf des Quartals einen Bericht über die Entwicklung des Geschäftsverlaufs im Vergleich zur Planung vorzulegen und größere Abweichungen zu erläutern.

- 10.4 Die Berichte gemäß § 10 Abs. 1 dieser Geschäftsordnung sind zugleich in Textform an die Gesellschafterin zu übermitteln.

§ 11 Zustimmungspflichtige Geschäfte

- 11.1 Geschäfte und Maßnahmen der Geschäftsführung von grundlegender Bedeutung bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates (vgl. § 7 Gesellschaftsvertrag).
- 11.2 Der Aufsichtsrat kann durch Beschluss jederzeit weitere Geschäfte von seiner Zustimmung abhängig machen, wobei er diese Zustimmungsvorbehalte regelmäßig auf Zweckmäßigkeit und Praktikabilität zu überprüfen hat.

§ 12 Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung von Konzernunternehmen

- 12.1 Die Gesellschafterversammlung und der Aufsichtsrat können bei Zustimmungsvorbehalten nach § 7 Abs. 1, 2 und 3 des Gesellschaftsvertrages regeln, dass diese für alle oder einzelne Konzernunternehmen gelten sollen. Soweit nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, gelten die Zustimmungsvorbehalte nach § 7 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages nur für die Gesellschaft.
- 12.2 Die Geschäftsführung soll sicherstellen, dass die Einhaltung der Zustimmungsvorbehalte nach § 12 Abs. 1 dieser Geschäftsordnung bei sämtlichen Geschäften oder Maßnahmen auf Ebene des Konzernunternehmens bzw., soweit mehr als ein Konzernunternehmen besteht, der Konzernunternehmen beachtet wird, soweit gesetzliche Regelungen dem nicht entgegenstehen. Insbesondere soll die Geschäftsführung sicherstellen, dass die Gesellschaftsverträge der Konzernunternehmen entsprechend ausgestaltet sind und/oder entsprechende Geschäftsordnungen für die Geschäftsführung erlassen werden.
- 12.3 Die Geschäftsführung hat weiter dafür Sorge zu tragen, dass eine entsprechende Information der Gesellschafterversammlung der Gesellschaft im Hinblick auf die Geschäfte des Konzernunternehmens gewährleistet ist.

§ 13 Mitwirkung bei der Gesellschafterversammlung

- 13.1 Die Geschäftsführung beruft die Gesellschafterversammlung unter Angabe der Tagesordnung und Übersendung der erforderlichen Unterlagen mit einer Frist von mindestens zwei Wochen ausschließlich per E-Mail ein. In Eilfällen ist eine Verkürzung der Einberufungsfrist nach Satz 1 zulässig. In der Tagesordnung sollen die zu behandelnden Punkte möglichst genau bezeichnet werden.
- 13.2 Die Gesellschafterversammlung soll mindestens einmal jährlich einberufen werden; davon soll die ordentliche Gesellschafterversammlung in den ersten acht Monaten des Geschäftsjahres stattfinden. Eine außerordentliche Gesellschafterversammlung muss auf Verlangen der Gesellschafterin einberufen werden. Ferner kann jedes Mitglied der Geschäftsführung eine außerordentliche Gesellschafterversammlung einberufen, wenn es im Interesse der Gesellschaft erforderlich ist.
- 13.3 Die Mitglieder der Geschäftsführung nehmen an den Sitzungen der Gesellschafterversammlung teil, sofern die Gesellschafterversammlung im Einzelfall keine abweichende Regelung trifft bzw. die Beschlussfassung außerhalb einer Sitzung erfolgt.
- 13.4 Die Geschäftsführung hat die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung vorzubereiten und im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und des Gesellschaftsvertrages auszuführen.

§ 14 Abwesenheit der Mitglieder der Geschäftsführung

- 14.1 Die Mitglieder der Geschäftsführung stimmen Dienstreisen und Urlaub kollegial miteinander ab. Sie teilen der bzw. dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates Urlaub von mehr als zehn Werktagen rechtzeitig mit.
- 14.2 Ist ein Mitglied der Geschäftsführung aus anderen Gründen an der ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Geschäfte nicht nur vorübergehend gehindert, ist dies der bzw. dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung unverzüglich mitzuteilen. Soweit sich eine Vertretung nicht aus dem Organisations- und Geschäftsverteilungsplan ergibt, ist die Gesamtgeschäftsführung für das Ressort des nicht nur vorübergehend gehinderten Mitglieds der Geschäftsführung zuständig, bis das Ressort einem oder mehreren Mitgliedern zugeordnet ist.

§ 15 Interessenkonflikte, Wettbewerbsverbot, Nebentätigkeiten, Altersgrenze

- 15.1 Die Mitglieder der Geschäftsführung sind dem Unternehmensgegenstand und dem Unternehmenszweck, die das wichtige Bundesinteresse widerspiegeln, und dem daraus abgeleiteten Unternehmensinteresse verpflichtet. Kein Mitglied der Geschäftsführung darf bei seinen Entscheidungen persönliche Interessen verfolgen und Geschäftschancen, die der Gesellschaft zustehen, für sich nutzen.
- 15.2 Jedes Mitglied der Geschäftsführung muss Interessenkonflikte unverzüglich der Gesellschafterversammlung und dem Aufsichtsrat offenlegen und die anderen Mitglieder der Geschäftsführung darüber informieren, dass und zu welchem Gegenstand ein Interessenkonflikt vorliegt und dass der Interessenkonflikt der Gesellschafterversammlung und dem Aufsichtsrat offengelegt worden ist. Alle Geschäfte zwischen der Gesellschaft einerseits und den Mitgliedern der Geschäftsführung sowie ihnen nahestehenden Personen oder ihnen persönlich nahestehenden Unternehmungen andererseits haben branchenüblichen Standards zu entsprechen.
- 15.3 Die Übernahme von Nebentätigkeiten, insbesondere von Aufsichtsratsmandaten bei anderen Unternehmen, bedarf der Zustimmung der Gesellschafterversammlung. Nebentätigkeiten, welche bereit zum Zeitpunkt der Übernahme der Geschäftsführertätigkeit bei der Gesellschaft bestanden, gelten als genehmigt.
- 15.4 Der Geschäftsführung soll nicht angehören, wer die gesetzliche Altersgrenze im Sinne von § 35 i. V. m. § 235 SGB, VI. Buch erreicht hat.